

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

16.8.1928 (No. 190)

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14, Karlsruhe

Karlsruher Zeitung Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. B. C. A. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.25 RM. einsch. Zustellgebühr. Einzelnummer 10 Rpf. — Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite.

Letzte Nachrichten

Die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes

W.W. Paris, 8. Aug. (Tel.) Der „New York Herald“ will wissen, daß heute im Verlaufe eines Ministerrats — bei Beginn der Parlamentsferien war, wie erinnerlich, angekündigt worden, daß der nächste Ministerrat erst im September stattfinden solle — Beschluß über die Formalitäten zur Unterzeichnung des Kellogg-Paktes gefaßt werden sollte.

Amerika und die deutsche Verfassungsfeier

W.W. Louisville (Kentucky), 16. Aug. (Tel.) Das „Courier-Journal“ bespricht in einem Leitartikel den Verlauf der Berliner Verfassungsfeier und erklärt, die Feier habe ebenso wie die letzten Wahlen gezeigt, daß die deutsche Republik das Verfassungsstadium überwunden habe und eine unumstößliche Tatsache geworden sei.

Trotki in Berlin?

W.W. Paris, 16. Aug. (Brio-Tel.) Nachdem schon gestern eine Nachrichtenagentur die Meldung verbreitet hatte, Trocki sei aus Sowjetrußland entflohen und befinde sich in der Umgegend von Berlin, veröffentlicht heute der Berliner Korrespondent der „Chicago Tribune“ einen Bericht, in dem er erklärt, daß er Trocki in Berlin gesehen und erkannt habe.

Ein Zeitungskrieg in Paris

W.W. Paris, 16. Aug. (Tel.) Der Vorsitzende des nationalen Verbandes der französischen Zeitungen hat den Geschäftsführer der Gothischen Zeitung, „L'Ami du Peuple“, die zum Unterschied von allen anderen französischen Zeitungen, die 25 bzw. 30 Centimes kosten, in Paris für 10 und in der Provinz für 15 Centimes verkauft wird, vor dem Kaufmannsgericht in Paris wegen unlauteren Wettbewerbs verklagt.

Ein indischer Verfassungsentwurf

Der von der sogenannten Konferenz aller Parteien ernannte Ausschuss hat, wie aus Allahabad gemeldet wird, einen langen Bericht veröffentlicht, der die Grundzüge einer Verfassung für Indien enthält. Der Bericht wird von einer Konferenz in Lucknow Ende des Monats erörtert werden.

Die Beisetzung Grossherzog Friedrichs II.

Am heutigen Donnerstag, der aus dem ganzen Land zahlreiche Trauergäste in die Landeshauptstadt geführt hat, wurde der letzte badische Großherzog zur Ruhe im Erbgräbnis im Hartwald geleitet. Noch einmal sah Karlsruhe den fürstlichen Trauerpunkt einer solchen Feier, die abseits aller politischen Kämpfe lag und Stadt und Land in pietätvollem Gedenken an Geschichte und Vergangenheit und in Trauer um ein von Güte, Pflichterfüllung und Gewissenhaftigkeit getragenes Menschen- und Fürstenleben einte, das der badischen Heimat stets treu und selbstlos gebietet hat.

Die Ueberführung nach Karlsruhe

In Badenweiler begann Mittwoch abend 8.30 Uhr die Ueberführung der sterblichen Hülle des früheren Großherzogs. Trotz des bis halb 8 Uhr niedergegangenen trübenden Regens hatte sich eine zahlreiche Menschenmenge vor dem Schlosse angesammelt. Um 8.45 Uhr begann der Aufmarsch der Kriegervereine aus dem ganzen Markgräfler Land.

In Freiburg i. Br. wurde dem früheren Landesfürsten ein eindrucksvoller Empfang zuteil. Die Kronenbräute und die angrenzenden Straßen waren von einer nach tausenden zählenden Menschenmenge dicht besetzt. Der Bräute entlang hatten sämtliche Kriegervereine mit ihren Fahnen Aufstellung genommen, außerdem der „Stahlhelm“, der Jungdeutsche Orden, Abordnungen der städtischen Feuerwehre usw.

Wohl an 600 Personen mögen es gewesen sein, die die Ankunft der Leiche in Karlsruhe erwarteten. Das Auto, in dem die sterblichen Überreste befördert wurden, hatte in Freiburg schon eine Verspätung von einer Stunde und kam erst fünf Minuten vor 4 Uhr morgens in Karlsruhe an.

Karlsruhe im Trauerschmuck

Ein trüber, wolkenhangener Morgen brach heute heran. Die Landeshauptstadt und ehemalige Residenz steht im Zeichen aufrichtiger Trauer um den vereinigten letzten badischen Großherzog. Überall wehen auf Halbmaß gehobte umflorte Fahnen, vorwiegend in den badischen Farben. Einen tiefen und feierlichen Eindruck macht besonders der trauegeschmückte Marktplatz.

Die Kranzniederlegungen an der Bahre

In dem heutigen Morgen war die evangelische Stadtkirche auf dem trauegeschmückten Marktplatz weit geöffnet. In der vorgegebenen Zeit von 7.30 bis 9 Uhr kam nach vielen Hunderten Groß und Klein, um zu den Füßen des Sarges einen Blumengruß zu legen.

Zu beiden Seiten des Sarglagers stand eine Ehrenwacht aus ehemaligen Offizieren des Badischen Leibgrenadierregiments mit gezogenem Säbel und frühere Kammerherren. Prinz Berthold hatte mit Graf Douglas neben dem Sarge Aufstellung genommen und nahm die Weileidkundgebungen entgegen. Die Abordnungen der Offiziersvereine aus Baden und allen Ländern des Reiches waren in großer Uniform erschienen, zum Teil in Feldgrau, zum Teil aber auch in der Friedensuniform, Rektor und Senat unserer vier badischen Hochschulen sah man in ihren malerischen Zelaren, die Abordnungen aller badischen Studentenverbindungen zogen in Vollwuchs salutierend am Sarglauge vorbei.

Blumenspenden aus dem Volke neben den prachtvollen Kränzen. Eine Schwarzwälderin aus Schiltach band einen Schwarzwaldstrauch und legte ihn zu Füßen des Sarges als letzten Gruß des Schwarzwaldes, den der tote so sehr geliebt.

Kränze wurden unter anderem niedergelegt: Vom Großherzog von Hessen, drei Kranzspenden vom Fürstlichen Hause in Donaueschingen, ein prachtvoller Rosenkranz vom Prinzen Max von Baden, Graf Douglas legte einen wunderschönen Kranz im Namen der schwedischen königlichen Familie nieder, ebenso einen herrlichen Kranz vom Herzog Albrecht von Württemberg und der Herzogin von Mecklenburg-Schwerin. Weitere Kränze wurden gesendet von den 11 badischen Kreisen, der Oberpostdirektion Badens, der Reichseisenbahndirektion, des Badischen Landtags, der Landtagsfraktionen, der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, der vaterländischen Verbände, des Badischen Handwerksamertages, des Badischen Industrie- und Handelsvereins, des Verbandes badischer Sparcassen, verschiedener landwirtschaftlicher Organisationen, des Badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz, des Helferrinnenbundes u. a., von zahlreichen badischen Gemeinden, so aus Baden-Baden, Eberbach, Eberstein, Rastatt, Reichenau, Zwingenberg, von den drei Konfessionen, von ungezählten Offiziersvereinen Badens und dem ganzen Reiche, Kriegervereine, dem Veteranenverein, den Rektoren und Senaten der badischen Hochschulen, ihrer Studentenverbindungen und viele andere.

Um 9 Uhr wurde die Kirche für das Publikum geschlossen, um die Vorbereitungen für die Trauerandacht treffen zu können, die für halb 11 Uhr angesetzt war.

Die Ankunft der Trauergäste

Pünktlich um 9.55 Uhr trafen in Karlsruhe von Badenweiler kommend im Sonderzuge die Großherzogin-Witwe Hilba, König Gustav von Schweden und die übrigen Fürstlichkeiten ein. Als Prinz Max und Prinz Berthold von der Stadt her zum Empfang am Bahnhof eintrafen, wurde die Fahrt nach dem Prinz-Max-Palais in sieben Autos angetreten. Als erste durchfuhr Prinz Max, Großherzogin-Witwe Hilba und dann der König von Schweden die Stadt.

Um 10.20 Uhr traf ebenfalls hier der Erzbischof von Freiburg ein. Er wurde von Monsignore Stumpf empfangen und begab sich zum Rathaus, um sich von dort dem Zuge nach dem Mausoleum anzuschließen.

Die Trauerfeier in der Stadtkirche

Schon lange vor 10 Uhr war die Stadtkirche bis auf den letzten Platz besetzt. Auf den Emporen hatten zahlreiche Jugendverbände Aufstellung gefunden. Unter den Trauergästen bemerkte man viele Generale und Offiziere der Alten Armee und Marine in ihren Friedens- und Felduniformen. Punkt 11 Uhr betraten durch das Hauptportal die Trauergäste die Kirche, an ihrer Spitze die Großherzogin Witwe Hilba, hinter ihr der Schwedenkönig Gustav, Prinz Max, Prinz Berthold und die anderen Fürstlichkeiten, die zu beiden Seiten des aufgebahrten Sarges Platz nahmen.

Von der badischen Staatsregierung wohnten der Staatspräsident Dr. Remmele, sowie die Minister Dr. Schmitt, Dr. Leers und Dr. Trunz dem Gottesdienste bei. Der Landtag war durch sein Präsidium mit dem Präsidenten Dr. Baumgartner an der Spitze, und mehreren Abgeordneten vertreten.

Nach einem Orgelvorspiel und dem gemeinsamen Gesang: „Ich weiß, daß mein Erlöser lebt“, sprach Prälat Schmitt-Henner Gebet und Worte der Schrift. Darauf folgte der gemeinsame Gesang: „Jesus meine Zuversicht“.

Prälat D. Schmitt-Henner

ergriff nun zur Trauerrede das Wort; er sprach zu dem Text: „Ich will dich segnen und du sollst ein Segen sein!“ und führte u. a. aus: Großherzog Friedrich II. sei heute in stiller Nacht wieder in unseres Landes Hauptstadt zurückgekehrt, um zur letzten Ruhe gebettet zu werden. Er hatte sie nicht wieder betreten, seit jener Sturmnacht im November vor 10 Jahren. Aber bald bekam er es zu spüren, daß die Treue noch in vieler Herzen lebe, die Treue, die sich der Pflicht, dem Vaterland auch in einer neuen Gestaltung seines Staatswesens zu dienen, wohl bewußt ist und sich nicht entziehen will, die aber dem einstigen Herrscherhaus doch zugelaun bleibt in dankbarer Liebe. Großherzog Friedrich hat in den Jahren stiller Zurückgezogenheit es immer wieder erfahren dürfen, daß er von seinem Volke nicht vergessen war. Wie danken es alle, die so denken im Volke, unserer Staatsregierung, daß sie an der Trauerkundgebung wohlwollenden Anteil nimmt in einer gerechten Würdigung des Verewigten, und der Stadtgemeinde, daß sie ihm bei seiner Heimkehr den Empfang bereitete, wie er dem Fürsten gebührt.

Was ist wohl der herausstreichendste Zug seines Wesens gewesen? Die Pflichttreue, in der er allen Dienern seiner Regierung, vom höchsten bis zum geringsten, ein erhabenes Vorbild war? Oder der Wahrhaftigkeitssinn, der jeden ungeraden Weg verabscheute und in all seinem Handeln es herausstrecken ließ, wie innerste Lauterkeit die Triebfeder seiner Gedanken war? Oder die Menschenfreundlichkeit und Güte, mit der er

auch dem Geringsten seiner Volksgenossen begegnete und die, die ihm näher treten durften, geradezu beschämende Erfahrungen machen ließ? Oder die Ritterlichkeit, verbunden mit einer Selbstlosigkeit, die ihm den Verzicht auf eigene Wünsche nicht schwer werden ließ? Oder was die schlichte herzliche Frömmigkeit, ein Erbgut seines Elternhauses, und doch ein in enger Arbeit an sich selbst und treuem Forschen in der Schrift erworbener Besitz? Wahrlich ein hohes Menschentum, eine Zusammenfassung innerster Lebenskräfte, die doch ein Menschenleben reich und schön machen müssen. Und doch lag über dem Leben Großherzog Friedrichs eine tiefe Tragik: von Jugend an war er gezwungen, auf seine Gesundheit zu achten, schon vom 8. Lebensjahr an lag ein Schatten über seinen Augen, bis sie in den Altersstagen völlig erloschen. Jahrzehnt um Jahrzehnt zurückgehalten von der Übernahme der Regierung und, als das Szepter in seine Hand gelegt wurde, wurde ihm nach kaum einem Jahrzehnt die Krone vom Haupte genommen. Haben wir ein Recht, über solch ein Leben das Wort zu schreiben: „Ich will dich segnen“? Wer nicht in die Tiefe der göttlichen Gedanken und Absichten hineindringen kann, der wird freilich in der Heimführung keinen Segen finden können. Ganz von selbst wird auch der zweite Teil des Wortes wahr: „Du sollst ein Segen sein!“ Von einem Menschen, der Ewigkeitskräfte in sich trägt, gehen, oft ohne daß er es will und weiß, Segensträfte aus, denen sich die Anderen gar nicht entziehen können. Großherzog Friedrich hat es ernst genommen mit den ihm aufgetragenen Pflichten. Er war sich dessen bewußt, ich soll meinem Volk, ich muß meinem Haus ein Vorbild sein.

Mit Großherzog Friedrichs Hinscheiden ist wieder ein Stück badischer Geschichte abgeschlossen, wie vor 5 Jahren, als Großherzogin Luise von uns schied, wie vor 21 Jahren, als Großherzog Friedrich I. heimgerufen wurde, — dieses Mal vielleicht einschneidender als in den beiden andern Fällen. Mag einer zum monarchischen oder republikanischen Staatsgedanken stehen wie er will, wenn er gerecht denkt und für seines Volkes Aufstieg arbeiten will, so muß ihm auch ein Stück vorübergegangene Zeitgeschichte mit ihren großen Persönlichkeiten zum Vorbild dienen. Und nun scheiden wir von ihm, dem vorbildlichen Regenten, dem gewissenhaften Erblaten, dem edlen Menschen, dem frommen Christen, dem stillen Dulder und in allem dem deutschen Mann, und wir wollen ihm geloben: Wir vergessen dich nicht.

Mit Chorgesang, Vaterunser und Segen, sowie einem Orgelnachspiel von Philipp Wolfrum: „In memoriam Frederici benigni“ schloß die eindrucksvolle Trauerfeier.

Der Trauerzug

Unter Orgellaut wurde hierauf der mit der Zähringer Hausflagge behedete schwere eichene Sarg von 12 ehemaligen Leibgardisten zum mit sechs Pferden bespannten Leichenwagen getragen. Unter dem Geläute sämtlicher Kirchenglocken setzte sich um halb 12 Uhr unter Vorantritt der Geistlichkeit der Trauerzug in Bewegung. Vom Marktplatz bis zur Grabkapelle bildeten die Feuerwehren, Gesangs- und Turnvereine, sowie die dem badischen Kriegerbunde angehörenden Vereine des Alb-, Pfing- und Enggauer in einer Stärke von etwa 3000 Mann, sowie studentische Korporationen und andere Verbände mit umflorten Fahnen Spalier. Dahinter und namentlich in den Zufahrtstraßen zum Marktplatz und zum Fiskus drängte sich eine gewaltige Menschenmenge, die entblößten Hauptes den Trauerkundst an sich vorbeiziehen ließ. Es gab auch kein Fenster mehr, das nicht von Menschen dicht besetzt gewesen wäre. Selbst auf verschiedenen Dächern, so auf dem Rathaus im Telegraphengebäude, hatte man sich Zuschauerplätze gesucht.

Hinter dem Leichenwagen schritten die fürstlichen Herren, an der Spitze der König von Schweden mit dem Prinzen Berthold von Baden. Es reichten sich an das Gefolge, frühere Groß-, badische Minister, der Erzbischof von Freiburg (der vom Hauptbahnhof zum Rathaus gefahren war und sich nach Beendigung des Gottesdienstes zusammen mit dem Stadtdekan Konfignore Dr. Stumpf dem Zuge angeschlossen hatte). Ferner bemerkte man mehrere Landtagsabgeordnete, eine Vertretung der Stadt Karlsruhe unter Führung des Oberbürgermeisters Dr. Finter, Direktoren und Mitglieder der Senate der drei Hochschulen des Landes, Vertreter von Behörden, Abordnungen von Vereinen usw. und eine große Zahl sonstiger Leidtragender.

Die Beisehung im Mausoleum

Die fürstlichen Damen hatten sich inzwischen im geschlossenen Auto zum Mausoleum begeben. Gegen 1/2 1 Uhr traf der Trauerwagen, dem Herren des Hofstaates und hohe Offiziere in Uniform das Ehrengeleit gab, an der Grabkapelle ein. Wiederum trugen 12 ehemalige Grenadiere den Sarg zur Kapelle, und nach einem Gebet des amtierenden Geistlichen, Oberkirchenrat Fischer, zur Gruft, wo die sterbliche Hülle Friedrich II. an der Seite seiner Eltern beigesetzt wurde. Der Schlusssatz in der Grabkapelle vollzog sich nur im engsten Kreise. Der Zug hatte sich vorher aufgelöst. Nach kurzem Verweilen in der Gruft lehrten die Fürstlichkeiten in die Stadt zurück.

Trauerkundgebungen in Baden

14. Heidelberg, 15. Aug. In Ermangelung einer behördlichen Trauerfeier für Heidelberg aus Anlaß des Ablebens des früheren Großherzogs soll eine öffentliche Trauerkundgebung abgehalten werden. An den Beisehungsfestlichkeiten in Karlsruhe beteiligt sich als Vertreter der Universität eine Abordnung des Senats mit dem Rektor an der Spitze.

14. Karlsruhe, 15. Aug. In der gestrigen Sitzung des Stadtrats gebachte der stellvertretende Vorsitzende in warmen Worten des dahingegangenen Großherzogs. Die Stadtverordneten ehrten das Andenken des Verstorbenen durch Erheben von den Sitzen. Es wurde beschlossen, der Großherzogin Hilda das Beileid auszusprechen, einen Kranz an der Bahre des Verstorbenen niederzulegen und am Tage der Beisehung an den städtischen Gebäuden auf Halbmast zu schlagen.

Wladimirsche der Reichsregierung an Gainsch. Auch die Reichsregierung hat dem österreichischen Bundespräsidenten Dr. Gainsch durch den deutschen Gesandten in Wien ihre herzlichsten Glückwünsche zum 70. Geburtstag aussprechen lassen.

Lambach legt Berufung ein. Der Abg. Lambach hat, der „D.M.Z.“ zufolge, gegen das Urteil des Parteigerichts Potsdam II, auf Ausschluß aus der Deutschnationalen Volkspartei Berufung eingelegt.

Die Zahl der im Auslande lebenden Italiener. Nach der Mitte des letzten Jahres durchgeführten Zählung der Italiener im Auslande, befanden sich — wie aus Rom gemeldet wird — damals 9 Millionen italienischer Staatsangehöriger im Auslande. Den größten Prozentsatz weist Amerika auf. Von den europäischen Ländern weist Frankreich mit 962 693 Italienern den größten Prozentsatz auf; an zweiter Stelle steht die Schweiz mit 135 942.

Die Zwischenfälle im Rheinland

Beilegung des Zweibrücker Zwischenfalles

Die Besprechungen, die der deutsche Votschafter in Paris zwecks endgültiger Beilegung des Zwischenfalles in Zweibrücken während der letzten Tage mit dem französischen Außenministerium gehabt hat, haben, wie die deutsche Votschaft in Paris mitteilt, zu einer für beide Seiten befriedigenden Lösung geführt. Auf Grund dieser Beilegung wird die ursprünglich ausgesprochene Forderung auf Auslieferung der Beschuldigten keine Rolle mehr spielen.

Anscheinend will man die ganze Angelegenheit nunmehr auf sich beruhigen lassen, so daß in ihr von keiner Seite mehr etwas unternommen wird, es sei denn, daß es sich formaljuristisch notwendig macht, die Begnadigung der ja in Abwesenheit Verurteilten auszusprechen. Die Verhandlungen betrafen auch den Fall des gefangengehaltenen Kriminalkommissars Bauer, der nun entlassen werden wird. Damit scheint der Zwischenfall, der durch einen törichten Jungenstreich und eine automatisch arbeitende Militärbürokratie hervorgerufen wurde, beigelegt.

DJ. Landau, 16. Aug. (Tel.) In deutschen Kreisen ist man über die Beilegung des Zweibrücker Zwischenfalles erfreut, bedauert aber, daß die Verurteilten im Maximiliansauer Fall immer noch im Landauer Militärpolizeigefängnis festgehalten werden. Im übrigen haben sämtliche in den letzten Wochen wegen unerlaubten Waffenbesitzes vom französischen Gericht verurteilten Deutschen zu den überaus harten Strafen Verurteilung eingelegt.

Ein deutscher Schritt in der Angelegenheit Ruffelsheim

Wie aus Berlin mitgeteilt wird, ist die Entscheidung der Votschafterkonferenz über die Verchiebung des Bahnhofsbauens von Ruffelsheim der Reichsregierung nicht direkt, sondern erst auf dem Umwege über einen langen Instanzenzug bekannt geworden, obgleich die deutsche Votschaft in Paris mit der Votschafterkonferenz in Paris darüber verhandelt hatte. Bei diesen Verhandlungen war dem Votschafter eine positive Entscheidung in Aussicht gestellt worden. Deshalb hat der Beschluß der Votschafterkonferenz in Berlin, wo man die Nachrichten über den Zwischenfall zunächst für unzutreffend erklärte, naturgemäß einiges Befremden hervorgerufen. Der deutsche Votschafter hat den Auftrag erhalten, geeignete Schritte zu unternehmen, um den Widerspruch zwischen der ersten Ankündigung und der Entscheidung aufzuklären.

Die Lasten der Rheinlandsbesetzung

Die demnächst in der Eifel stattfindenden Manöver der französischen und englischen Besatzungstruppen bringen, wie die Blätter melden, für eine ganze Reihe von Orten außerordentlich starke Belastungen mit sich. So wird Prüm in der Eifel in der Zeit vom 24. August bis 10. September als Einquartierung erhalten: Einen Generalstab von 10 Generalen, darunter der kommandierende französische und ein englischer General, 100 Offiziere und 100 Unteroffiziere, 250 Mann sowie einen Autoparl. Angesichts dieser starken Belastung sah die Stadtverwaltung eine Entschädigung, in der sie auf diese wochenlange starke Belastung hinweist, die von der Bevölkerung nicht getragen werden könne, weil die Quartierenschildigung auch nicht die Unkosten deckt. Auch wird auf die zu erwartenden starken Ausfall des Fremdenverkehrs hingewiesen. Die Stadtverordneten forderten, daß das Reich schnellstens eingreife.

Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte

Der Stapellauf der „Europa“

Als erster der beiden für den Norddeutschen Lloyd erbauten, etwa 46 000 Tonnen großen Vierdecksdampfer ist am Mittwoch nachmittag die „Europa“ in Hamburg vom Stapel gelaufen, während das Schwester Schiff, „Bremen“, in Bremen zu Wasser gelassen werden soll. Dem Stapellauf der beiden Riesendampfer ist besondere Bedeutung beizumessen, weil er einen bemerkenswerten Abschnitt des Wiederaufbaues der deutschen Handelsflotte darstellt. Dem wichtigen Ereignis entsprach auch der äußere Rahmen, unter dem sich der Stapellauf vollzog. Auf der Taufanzel selbst hatten sich mit dem amerikanischen Votschafter Dr. Shurman die Herren vom Vorstand und Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyd, sowie die Chef der Firma Blohm u. Voß eingefunden. Ferner waren neben den leitenden Herren des Norddeutschen Lloyd und der Wert u. a. anwesend der amerikanische Marineattaché Baum, der Chef der Marineleitung, Admiral Zenker, sowie andere hohe Marineoffiziere und Offiziere der Reichswehr, Vertreter des Hamburgischen, Bremer und Lübecker Senats, Vertreter der Hamburger und Bremer Schiffsfahrtskreise, des deutschen und amerikanischen Handels, weiter Hauptmann Köhl und eine große Reihe in- und ausländischer Journalisten.

Beim offiziellen Stapellauf hielt Votschafter Shurman die Taufrede, in der er u. a. ausführte: Der Stapellauf von zwei großen Dampfschiffen innerhalb 24 Stunden werde wahrscheinlich vom künftigen Geschichtsschreiber als Kennzeichen angesehen werden für die Wiedererlangung des hohen Ranges unter den nordatlantischen Reedereien, den diese Gesellschaft in der Vorkriegszeit jahrelang innehatte. Bei der Taufe des Schiffes auf den Namen „Europa“, gab der Votschafter dem Wunsch Ausdruck, daß das Schiff stets dazu beitragen möge, Deutschland und Amerika immer enger zu verknüpfen durch einen für beide Teile vorteilhaften Handel, durch gegenseitiges Verständnis und Brüderlichkeit.

Nachdem sodann Hl. Ines Glöckel die Taufe mit den besten Wünschen für eine allzeit glückliche Fahrt vollzogen hatte, begann der Stapellauf, der glatt von staten ging. Unter brausenden Hochrufen, Tücherschwenken und dem Geheul der Sirenen der zahlreichen Dampfer und Fahrzeuge lief das Schiff in das nasse Element.

Die Monroe Doktrin im Völkerbund

Auf die feierliche Einladung, die der Völkerbundsrat im März dieses Jahres an Brasilien, Kolumbien und Spanien zwecks Eintritts dieser Staaten in den Völkerbund gerichtet hatte, und die beifällig beantwortet wurde, hat nunmehr auch Kolumbien eine vorläufige Antwort erteilt. Kolumbien erklärt darin seine Bereitschaft, seine Mitgliedschaft im Völkerbund zu erneuern, fügt jedoch hinzu, daß es sich zunächst genötigt sehe, die grundsätzliche Frage der Monroe Doktrin (Doktrin des amerikanischen Präsidenten James Monroe, in einer Votschaft im Dezember 1823 ausgesprochen, keine Einmischung europäischer Staaten in die inneren Angelegenheiten der Staaten Amerikas zu dulden) zu klären, die bekanntlich in Artikel 21 des Völkerbundespaktes verankert sei. Im Interesse der Unabhängigkeit der kleinen Staaten sei es von Bedeutung, daß zum Zwecke der genaueren Regelung der Monroe Doktrin auf ein förmliche und autorisierte Erklärung einer internationalen Körperschaft von der Bedeutung des Völkerbundes Bezug genommen werden könne.

Die Sozialdemokraten und der Panzerkreuzer A

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat am Mittwoch in gemeinsamer Sitzung mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beschlossen, die Fraktion und den Parteiausdruck auf den kommenden Samstag einzuberufen. Außer der Panzerschiffangelegenheit wird die Krisenfürsorge besprochen werden.

Aus sozialdemokratischen Kreisen wird bestätigt, daß die Einberufung auf den Samstag zurückgeht, den u. a. die Abg. Aufhäuser und Toni Sender unternommen haben, um eine Klärung in dieser Angelegenheit herbeizuführen. In der Sitzung des Vorstandes wurde noch folgende Entscheidung angenommen:

„Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der Reichstagsfraktion bedauern lebhaft, daß die sozialdemokratischen Minister nicht die Möglichkeit gefunden haben, in der Kabinettsitzung durch Abstimmung klar zum Ausdruck zu bringen, daß sie in Abereinstimmung mit der gesamten Partei entscheidene Gegner des Baues des Panzerkreuzers „A“ sind, sich vielmehr auf formalrechtliche Argumente gestützt haben.“

Gegen die Kritiker an dem Beschluß des Reichskabinetts, den Bau des Panzerschiffes A zu beginnen, mündet sich der „Sozialdemokratische Pressedienst“, indem er sich im wesentlichen auf die bekannte offizielle Erklärung stützt. Das Reichshaushaltsgesetz sei mit der für den Panzerkreuzer bewilligten Summe von 9,8 Mill. in Kraft getreten, der Schiffsbau sei also nicht erst am 10. Aug. vom Reichskabinett beschlossen worden, sondern eine vom Reichstag und Reichsrat in gesetzlicher Form beschlossene Sache gewesen. Von einer nochmaligen und entscheidenden Beschlußfassung durch das Reichskabinett sei also gar nicht die Rede. Für das Kabinett habe es sich nur noch um eine Verwaltungsmaßnahme zur Ausführung eines rechtskräftigen Reichsgesetzes gehandelt. Das Kabinett hätte unter diesen Umständen höchstens den ganz außerordentlichen Beschluß fassen können, ein geltendes Gesetz nicht auszuführen und dafür vom Reichstag die nachträgliche Genehmigung zu erbitten. Diese Genehmigung hätte es aber nicht erhalten, da ja das Zentrum im alten Reichstag für den Neubau gestimmt habe. Es wäre aber zu einer Beschlußfassung des Reichstages gar nicht gekommen, das Kabinett wäre vielmehr schon vorher aufgelöst worden. So hätten die Sozialdemokraten im Kabinett vor der Alternative gestanden, entweder die Dinge laufen zu lassen oder eine Regierungskrise zu eröffnen mit dem sicheren Erfolge, daß das Panzerschiff doch gebaut worden wäre.

Der „Vorwärts“ schließt sich diesen Darlegungen zum guten Teil an und meint, der Hauptgrund für die widersprüchliche Situation liege in dem Beschluß des Reichsrats und in der falschen Anwendung, die er gefunden habe. Bisher habe man ziemlich allgemein angenommen, daß der Reichsratsbeschluß vom 31. März die endgültige Entscheidung in die Hände des neuen Kabinetts und des neuen Reichstages gelegt habe. Dies habe sich nun als falsch herausgestellt. Auf dieser falschen Auffassung aber habe die Haltung basiert, die die Partei während des Wahlkampfes in der Frage des Panzerschiffes einnahm. Die formalrechtlichen Gründe, so meint der „Vorwärts“, in leichter Abweichung von der parteiamtlichen Auffassung, wären trotz alledem nicht durchschlagend, wenn die Wahlen eine klare Mehrheit gegen den Schiffsbau ergeben hätten, was aber nicht der Fall sei, denn den Parteien, die im alten Reichstag gegen die erste Bauakte gestimmt haben — Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten — fielen nur 231 von 490 Stimmen zu, und die 23 Stimmen der Wirtschaftspartei, bei der in diesem Falle die Entscheidung liegen würde, seien überwiegend den Anhängern des Baues zugefallen.

Vorzeitige Einberufung des Thüringischen Landtages

Die von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Anträge auf vorzeitige Einberufung des Thüringischen Landtages werden nunmehr ihre Verwirklichung finden. Dienstag nachmittag lagen 19 Unterschriften für die Einberufung vor. Zu den 18 Stimmen der Sozialdemokratischen Partei kam die Stimme des Vertreters der Volksrechtspartei hinzu. Der Landtag wird am 23. August, vormittags 10 Uhr, zusammentreten, um über den Antrag auf Auflösung des Landtages und über das Misstrauensvotum gegen die Regierung abzustimmen. Die Demokraten wollen in einer außerordentlichen Parteiverammlung in Weimar Stellung zu diesen beiden Anträgen nehmen.

Die vorzeitige Einberufung des Landtages ist hervorgerufen durch den Fall des Weimarer Oberstaatsanwalts Dr. Frieders. Die Ferienkammer des Weimarer Landgerichts hat dahin entschieden, daß das Reichsamnestiegesetz vom 14. Juli d. J. in dem Falle des ehemaligen Weimarer Oberstaatsanwalts Dr. Frieders nicht angewendet werden könne. In der Begründung heißt es, daß die notwendigen Voraussetzungen, die Begehung der Tat aus politischen Beweggründen, bei Frieders nicht gegeben seien.

Litauen und Deutschland

Ein Sonderberichterstatter des Berliner „Tag“ hat in Rom mit dem litauischen Staatspräsidenten Wolbomaras eine Unterredung gehabt, in der dieser sich u. a. äußerte:

Das polnische System, Korridore zu schaffen, bringt keine Regelung der Fragen, sondern schafft Ärger. Der osteuropäische und der Winaterritor müssen beseitigt oder erweitert werden. Als man sie schuf, hofften die Polen, dadurch neue Gebiete an sich reißen zu können. Wir stehen vor dem Problem: Ein größeres oder ein kleineres Polen? So wie es jetzt ist, kann es nicht bleiben. Schon jetzt gehören 50 Proz. der Bewohner Polens fremden Nationalitäten an. In dem Augenblick, wo die Polen Litauen besetzen, wächst die Gefahr, daß auch Ostpreußen das Schicksal Litauens teilt. Durch die Natur der Dinge ist so das Interesse Litauens und Deutschlands an einer politischen Zusammenarbeit bestehen keine Schwierigkeiten, da beide Länder sich ergänzen. Diese Tatsachen bleiben bestehen, wie man auch denken mag. Auf die Frage, ob durch die Memelfrage nicht Schwierigkeiten erwachsen könnten, erwidert Wolbomaras (allerdings recht nichtsflegend), er habe von Anfang an Wert auf Aussprache mit den Memelern gelegt, und er werde diesen Weg auch in Zukunft beschreiten.

Die Einnahmen bei den olympischen Spielen. Das Niederländische Olympische Komitee teilt mit, daß die Gesamteinnahmen an Eintrittsgeldern sich für die erste und zweite Periode der olympischen Spiele auf zusammen 1425000 Gulden belaufen. Da hiervon ein Betrag von 237 000 Gulden für Luftfahrtssteuer zu entrichten ist, verbleibt ein Reingewinn von 1 187 500 Gulden.

Gegen das Rentenfürsorgegesetz

Der Hauptausschuß des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge hat sich vor einiger Zeit mit der neuen Reichsrentenordnung beschäftigt, durch welche die Kleinrentenfürsorge neu geregelt werden soll. Diese Verordnung, welche weder die berechtigten Wünsche der Kleinrentner befriedigt, noch sich mit den Grundfäden individualisierender Fürsorge vereinbaren läßt, stößt auf allgemeine Ablehnung. Der Erlaß der Verordnung, so heißt es in der von dem Verein angenommenen Entschließung, ist im Sinne einer fortschrittlichen Entwicklung der Fürsorgeaktivität der Gemeinden tief zu bedauern. Die Verordnung gefährdet durch ihre schematischen Anordnungen die Grundfäden individualisierender Fürsorge. Sie schwächt den Grundsatz „Selbsthilfe der Familie vor öffentlicher Hilfe“ weiter ab. Sie bietet durch ihre ungenaue Fassung zahlreichen Zweifeln Raum. Einzelne ihrer Bestimmungen sind juristisch unhaltbar. Die Selbstverwaltung wird durch die Verordnung erneut eingeschränkt. In den Kreisen der unterrichteten Klein- und Sozialrentner werden Hoffnungen ausgelöst, die sich nicht erfüllen können. Der Vorstand des obengenannten Vereins wird noch in einer besonderen Denkschrift die Unzulänglichkeiten und die Gefahren aufzeigen, die sich aus den wiederholten Änderungen des Fürsorgegesetzes in den letzten Jahren ergeben haben. Gleichzeitig wird er auch einen Entwurf zur Abänderung des Reichsrentenfürsorgegesetzes nach einheitlichen Gesichtspunkten in brauchbarer Weise geregelt werden.

Unfallversicherung in Gemeindebetrieben

Über die Unfallversicherung der Mitglieder gemeindlicher Feuerwehren, Krankenhäuser, Laboratorien, Königeneinrichtungen, Schauspielunternehmungen usw. wird der Reichstag nach seinem Wiederauftritt endgültig zu entscheiden haben. Der Reichsarbeitsminister wollte ursprünglich nur Gemeinden mit wenigstens 250 000 Einwohnern das Recht geben, selbst Träger der Unfallversicherung dieser städtischen Anstalten zu sein. Der Reichsrat hat dann diese Grenze auf 150 000 Einwohner herabgesetzt. Zweifellos ist es falsch, diese Grenze von der Einwohnerzahl abhängig zu machen. Maßgebend muß vielmehr dabei die Leistungsfähigkeit der Gemeinde sein. Es ist nicht einzusehen, warum eine in guten Vermögensverhältnissen befindliche Stadt von 100 000 Einwohnern nicht ebensogut wie eine solche von 150 000 oder 200 000 Einwohnern ihre Arbeiter und Angestellten selbst gegen Unfall versichern soll. Der Gesetzgeber sollte jeder Stadt, die nach dem Urteil der zuständigen Aufsichtsbehörde leistungsfähig genug ist, das Recht der Selbstversicherung ihrer versicherungspflichtigen Betriebe geben. Allerdings bleibt auch nach dem vorliegenden Gesetzesentwurf noch die Möglichkeit des Zusammenschlusses mehrerer Gemeinden zu Verbänden, die sich die Eigenunfallversicherung ihrer Mitglieder zur Aufgabe machen. In Preußen will man z. B. provinzielle Gemeinde-Unfallversicherungsverbände gründen. In den mittleren und kleineren Ländern werden voraussichtlich derartige Verbände für sämtliche Gemeinden des ganzen Landes ins Leben gerufen werden. In jedem Falle sollte der Reichstag dafür sorgen, daß jeder Gemeinde, die leistungsfähig genug ist, das Recht der Eigenversicherung ihrer Betriebe, den übrigen aber das Recht des Zusammenschlusses zu Versicherungsverbänden gesetzlich gewahrt bleibt.

Verstärkter Neubau von Kleinwohnungen

Der Wohnungsausschuß des Deutschen Städtetages hat vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß bei der Neubautätigkeit die größeren und mittleren Wohnungen allzusehr auf Kosten der Kleinwohnungen bevorzugt werden. Er macht deshalb darauf aufmerksam, daß zur Beseitigung der Wohnungsnot auch die Herstellung von Kleinwohnungen, jedoch in der Ausstattung, wie sie die gegenwärtige Wohnungskultur verlangt, notwendig sei. Durch die Kleinwohnungen läßt sich der Wohnungsmangel deswegen schneller und leichter vermindern, weil ein großer Teil der Wohnungssuchenden heute schon wegen ihrer schlechten Wohnverhältnisse gezwungen sind, sich mit Kleinwohnungen zu begnügen, wenn ihnen solche in guter Beschaffenheit angeboten werden. Der Wohnungsausschuß schlägt vor, bei dem Bau dieser Kleinwohnungen die Grundrißanlage so zu gestalten, daß möglichst in einem späteren Zeitpunkt die Zusammenlegung von zwei Wohnungen zu einer leicht durchgeführt werden kann.

Der Leiter des New-Yorker Feuerlöschwesens trifft am Freitag in Berlin ein, wo er eingehende Besichtigungen der Feuerlöschrichtungen vornehmen wird.

Große Zollinterzeptionen. Die Altonaer Kriminalpolizei stellt fest, daß eine Hamburger Firma, die große Mengen Vieh aus Dänemark bezog, sich umfangreiche Zollinterzeptionen zuschulden kommen ließ. Eine Überwachung der Quarantänestation in Wahrenfeld ergab, daß die Firma für das eingeführte Vieh stets zu geringe Gewichtsmengen angegeben hatte. Durch die Unterföhrle, die bereits seit 1926 vorgenommen wurde, ist das Vieh erheblich geschädigt worden. Die Zollbehörde hat einige Schiffsladungen aus Dänemark mit Vieh, die für die Firma bestimmt waren, beschlagnahmt. Die Inhaber der Firma sowie einige Angestellte wurden verhaftet.

Der Papst gegen die Eitelkeit der Frauen. Der Papst wandte sich anlässlich der Verkündung eines Dekretes über zwei Seligsprechungen gegen die Eitelkeit der Frauen.

Kein wirksamer Schutz Londons gegen Luftangriffe. Verschiedene Londoner Blätter melden, die bisherige Luftmanöver hätten gezeigt, daß London gegen feindliche Luftangriffe nicht wirksam geschützt werden könne. U. a. wird betont, daß die Kampfflugzeuge der Verteidiger weniger schnell seien als die neuesten schweren Bomberflugzeuge der Angreifer.

Streikmünste in Tunis. Wie „Populaire“ aus Tunis berichtet, kam es im Verfolg des Streikes der Straßenbahner in Tunis, die eine Lohnerhöhung fordern, zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Polizei, die solches Ausmaß annahmen, daß Truppen alarmiert werden mußten. Die Meldung spricht von zahlreichen Verhaftungen.

Die Hedysbahn. Die Verhandlungen, die in Haifa zwischen Vertretern von England, Frankreich und dem Sultanat Hedys über die Frage der Instandsetzung der zum Teil nicht betriebsfähigen Hedysbahn geführt wurden, sind gescheitert, da die Delegierten von Hedys darauf bestanden, die Frage, wer die Kontrolle über die Bahn erhalten soll, zur Diskussion zu stellen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Der Durchgang der letzten Randwirbel des inzwischen verflachten Tiefdruckgebietes im Norden, brachte uns gestern noch verbreitete Gewitter. Heute ist ein Hochdruckfeld von Westen bis nach Süddeutschland vorgestoßen, das bei uns zur baldigen Aufhellung führen wird. Mit dem Hochdruck sind getrocknete Luftmassen aus Nordwesten in Begleitung aufsteigender Winde zu uns gelangt, so daß die heutigen Morgentemperaturen etwas tiefer als die gestrigen lagen. Der Einfluß des Zwischenhochs wird weiterhin anhalten. — Wettervorhersage für Freitag: Zeitweise heiter, trocken und wieder etwas wärmer bei aufsteigenden Winden.

Ungefähre Arbeitsverhältnisse in Australien

Aus Sydney wird berichtet: Mr. Butler, der Premier der Commonwealth, hat den schon früher umkämpften Vorschlag einer Friedenskonferenz zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen wieder vorgebracht. Mr. Butler hat die Vertreter der Arbeiter eingeladen, ihm ihren Standpunkt darzulegen, worauf er mit den Arbeitgebern verhandeln und eine Konferenz zwischen beiden Parteien zur Beseitigung der Mißverständnisse einberufen will. Die Arbeitgeber unterstützen diesen Vorschlag der Regierung, während die Arbeiterführer eine nationale Konferenz von Bonafides-Vertretern beider Parteien ohne jede Einmischung der Regierung fordern.

In einer öffentlichen Versammlung legte der Premier Butler die Sachlage folgendermaßen dar: trotz guter Geschäfte und hoher Preise in den meisten wichtigen Produkten, trotz der scheinbar günstigen Entwicklung in allen Industrien und den großen Ausgaben der Regierung in ganz Australien, herrsche eine noch nicht dagewesene Arbeitslosigkeit. Die Tatsache, daß 100 000 Mann nicht in der Lage sind, ihren Lebensunterhalt zu erwerben, zeige deutlich, daß ein radikaler Fehler in der Wirtschaft vorliege. Die Gefahr liege nicht in hohen Löhnen, sondern in gesteigerter Produktion.

Butler führte nun eine Statistik über die mengenmäßige Produktion an. Es erwieß sich, daß bei einer Steigerung des Wertes der Produktion um 137 Prozent von 1919 bis 1927 die der Quantität nur um 48 Prozent gestiegen ist. Auf die Kopfzahl der Bevölkerung berechnet, beträgt aber die Wertsteigerung nur 10 Prozent und ist mengenmäßig um 9 Prozent gesunken, obgleich die Zahl der Pferdekräfte pro Arbeiter um 65 Prozent gestiegen ist. Butler erklärte, daß die Schuld an diesen ungesunden Verhältnissen größtenteils auf die Doktrin der Genossenschaften zurückzuführen sei, wonach eine geringere Arbeit des einzelnen Mannes der Gesamtheit Arbeit schaffe. Infolgedessen seien die Arbeitslöhne darauf eingestellt worden, dem einzelnen nur die Lebenskosten zu sichern, ohne die individuellen Bedürfnisse, Initiative und Ehrgeiz zu berücksichtigen. Andererseits hätten die Arbeitgeber wenig Standardisierung und die Vereinfachung der Produktionsmethoden getan. Ein Hauptgrund für den Niedergang der Produktion liege im Gefühl der Unsicherheit.

Badischer Teil

Zum Beamtenheimstättengesetz

Das Gesetz über die Abtretung von Beamtenbegünstigungen zum Heimstättenbau („Beamtenheimstättengesetz“) ist am 30. Juni 1927 verabschiedet worden. Am 12. März 1928 hat der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern und mit Zustimmung des Reichsrats die Vorschriften zur Durchführung des Gesetzes erlassen.

Als Abtretungsstelle im Sinne des Gesetzes ist die Beamtenparkstraße, Heimstätten-Gesellschaft der Deutschen Beamtenenschaft m. b. H., Berlin-Sigismund, sowohl vom Reich als auch von der badischen Regierung anerkannt worden.

Als Einvernehmungsstelle nach Maßgabe des Gesetzes ist für Baden der Badische Landeswohlfahrtsverein, Geschäftsstelle Karlsruhe, Schloßplatz 10, vom Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsrats anerkannt worden. Der Badische Landeswohlfahrtsverein steht den Bauarbeiten auch bei der Durchführung von Bauvorhaben als Treuhänder nach besonderer Vereinbarung gern zur Seite. Weitere Auskunft erteilt: Badischer Landeswohlfahrtsverein, Karlsruhe, Schloßplatz 10, Fernruf 944. Sprechstunden Dienstag und Donnerstag 2—4 Uhr nachmittags.

Deutscher Metallarbeiter-Kongress in Karlsruhe

Der Mittwoch brachte eine längere Debatte über das Schlichtungswesen. Die Schlichtungsverordnung wurde von einer kleinen (kommunistischen) Minorität grundfänglich bekämpft, während sich die überwiegende Mehrheit auf den Standpunkt stellte, daß die Schlichtungsverordnung beibehalten, aber verbessert werden müsse. Ein Eingreifen des Schlichters dürfe nur auf Antrag erfolgen und die Verbindlichkeitsklärung nicht stattfinden, solange beide Parteien im Kampfe stehen. Der Schlichtungsausschuß solle erst dann in Tätigkeit treten, wenn ein Kampf eine bestimmte Zeit gedauert hat.

Nach den Schlussworten der Referenten wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Es erfolgte die Berichterstattung der Mandatsprüfungskommission. Es liegt ein Antrag vor, die Berliner Mandate für ungültig zu erklären. Die Entscheidung wurde zurückgestellt. Alsdann äußerte sich der Kassier Schott über die Sicherlegung. Der heutige Donnerstag bleibt Verhandlungsfrei, da für die Kongreßteilnehmer ein Ausflug in den Schwarzwald vorgesehen ist.

Tagung der badischen und württembergischen Taubstummenlehrer

Letzter Tage fand in Gmünd die 35. Versammlung der württembergischen und badischen Taubstummenlehrer statt. Auch aus Bayern und Hessen hatten sich Teilnehmer eingefunden. Direktor Singer aus Heidelberg (letzter Tagungs-ort) eröffnete und begrüßte die Versammlung. Unter dem Vorsitz von Oberlehrer Schmid begann dann die Arbeit der Tagung. Zunächst führten drei Lehrkräfte von St. Josef mit ihren Klassen 2., 6. und 8. Lehrprobe vor. Dann hielt Taubstummenlehrer Ehnert, Nürtingen, einen Vortrag über „Ökonomie im ersten Sprechunterricht“ und Oberinspektor Wagner, Nürtingen, über „Sprechunterricht bei Schwerhörigen und Taubtauben“. Ferner hörte die Versammlung einen Vortrag des Oberlehrers Schneider, Braunschw. über die „Problematik des Taubstummenunterrichts“. Taubstummenlehrer Kern, Gerlachshausen, sprach über „Der Sprechformunterricht im Lichte der modernen Denkpsychologie“.

Tagungen

Die Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer und Schiffsheizer hielt dieser Tage in Heidelberg einen Delegiertentag ab, zu dem 65 Delegierte erschienen waren. Er wurde mit einem Begrüßungsabend am Freitag eingeleitet. Am Samstag wurden verschiedene Referate gehalten, besonders über Standes- und Berufsfragen. U. a. sprach der 1. Vorsitzende des Zentralgewerkschaftsbundes deutscher Reichsbahnbeamten, Wieg, über die großen organisatorischen Fragen, und Reichsbahnoberinspektor Kullmann, Heidelberg, über Befoldungsfragen. Für den Geschäfts- und Kassenbericht wurde Entlastung erteilt. Am gleichen Abend nahmen die Delegierten mit einem Schiff an der Schloßbeleuchtung teil. Auch am Sonntag wurden noch mehrere Vorträge gehalten. Der bisherige 1. Vorsitzende, Lokomotivführer Wiesow, Stettin, wurde einstimmig wiedergewählt. Der nächste Delegiertentag soll in Köln abgehalten werden.

Hd. Bertheim, 15. Aug. Die Enthüllung einer Gedenktafel für den verstorbenen württembergischen Staatspräsidenten Wilhelm Wos an seinem Geburtshaus in der Oberen Eichelgasse fand gestern abend durch den Gau Württemberg des Reichsbanners „Schwarz-rot-gold“ statt.

Wie hoch ist die Arbeitslosenunterstützung?

Nicht selten wird darüber geklagt, daß die Arbeitslosenunterstützung in manchen Fällen höher sei als der verdiente Lohn, und daß dadurch der Anreiz, regelmäßige Berufsarbeit zu leisten, abgeschwächt werde. Diese Behauptung ist heute fälschlich übertrieben, namentlich seitdem bei der Einführung der Arbeitslosenversicherung die Unterstützungsätze je nach den Lohnstufen sehr verschieden bemessen sind. Trotzdem kann es natürlich in einzelnen seltenen Fällen vorkommen, daß ein Versicherter Anspruch auf eine höhere Arbeitslosenunterstützung hat, als er auf seiner Arbeitsstelle verdienen würde. Das wird insbesondere dann der Fall sein können, wenn ein Arbeiter mit sehr geringem Arbeitslohn eine sehr zahlreiche Familie zu ernähren hat. Aus derartigen Einzelfällen aber darf man keineswegs den Schluß ziehen, daß die Unterstützungsätze der Arbeitslosen an sich zu hoch seien. Als Regel gilt vielmehr, daß in den drei höchsten Lohnklassen die Arbeitslosenunterstützung in keinem Falle den Betrag von 60 Proz. des Einheitslohnes der betreffenden Lohnklasse übersteigen darf. In den untersten Lohnklassen muß natürlich den Arbeitslosen und ihren Familien ein gewisses Existenzminimum gesichert werden, denn im anderen Falle würden diese Familien der öffentlichen Wohlfahrtspflege anheimfallen, also auf Kosten der Gemeinden unterhalten werden müssen.

Zur Zeit bestehen 11 Lohnklassen. In der untersten beträgt der Einheitslohn nur 8 M wöchentlich, in der mittleren (4.) 33 M wöchentlich, und in der obersten 63 M wöchentlich. Die Hauptunterstützung ist in der untersten Klasse auf 6 M wöchentlich festgesetzt, in der mittleren auf 15,20 M wöchentlich und in der obersten auf 22,05 M wöchentlich. Hierzu kommen noch für jeden Familienangehörigen 3 Proz. des Einheitslohnes hinzu. Ein Arbeitsloser, der eine Frau und vier Kinder zu ernähren hat, kann also in der untersten Lohnklasse eine Hauptunterstützung von 6 M und eine Familienunterstützung von 2 M wöchentlich erhalten, das sind zusammen 8 M, also immer noch nicht mehr, als der Einheitslohn beträgt. Außerdem ist es aber zweifellos, daß diese Unterstützung zur Ernährung der zahlreichen Familie ohnehin nicht ausreicht, so daß also in einem solchen Falle die öffentliche Wohlfahrtspflege wahrscheinlich eingreifen müßte. In der mittleren Lohnklasse kann ein Arbeitsloser mit Frau und vier Kindern eine Hauptunterstützung von 15,20 M und eine Familienunterstützung von 8,26 M, das sind zusammen 21,45 M wöchentlich erhalten, während der Einheitslohn dieser Klasse 33 M beträgt. In den drei obersten Lohnklassen aber greift, wie schon erwähnt, die Bestimmung Platz, daß der Höchstbetrag der Unterstützung nicht mehr als 60 Proz. des Einheitslohnes, also im vorliegenden Falle nicht mehr als 37,80 M in der höchsten Lohnklasse betragen darf, während der Einheitslohn in dieser Klasse 63 M beträgt. Man wird aber auch zugeben müssen, daß selbst in dieser höchsten Lohnklasse eine Arbeitslosenunterstützung von 37,80 M wöchentlich, die die höchste erreichbare ist, für eine Familie von Mann, Frau und vier Kindern nicht übermäßig hoch ist. Die Gefahr, daß durch die Arbeitslosenunterstützung die Arbeitslust beeinträchtigt werden könnte, ist also bei der heutigen gesetzlichen Regelung der Unterstützungsätze und seit der Einführung der Lohnklassen nicht vorhanden. Eine weitere Herabsetzung der Unterstützungsätze würde in zahlreichen Fällen nur zu einer Mehrbelastung der öffentlichen Wohlfahrtspflege, also der Kommunalfinanzen, führen.

Bücheranzeige

Grundlagen einer richtigen Ernährung. Von Ing.-Chemiker Ragnar Berg, Dresden-Weißer Hirsch und Dr. med. M. Vogel, Direktor des deutschen Hygienemuseums, Dresden. 220 Seiten, 47 Abbildungen (darunter 3 Tafelabbildungen), 28 Tabellen. (Deutscher Verlag für Volkswohlfahrt, Dresden-A 1.) — Der physiologische Chemiker, durch eigene langjährige Arbeit, besonders auf dem Gebiete des Mineralstoffwechsels, bekannt und der Arzt und Volkshygieniker haben sich hier zusammengetan, um die Ernährungslehre zu schildern, wie sie sich auf Grund neuer Ergebnisse und Erfahrungen darstellt. Nicht nur die Mineralstoffe, sondern auch die durch deutsche und amerikanische Forscher unserem Verständnis erschlossenen Ergänzungsnährungsstoffe, die Wertigkeit der verschiedenen Einzelarten, das Zusammenwirken und gegenseitige Anhängigkeit der einzelnen Nahrungsbestandteile, die Bewertung der Nahrungsmittel nach allen diesen einzelnen Eigenschaften und vieles andere noch, sind hier zusammenfassend geschildert. Die Wandlungen, die die Volksernährung in den letzten Jahrzehnten zu ihrem Nachteile erfahren hat, werden dabei gebührend beleuchtet. Es werden aber auch Wege zur Abhilfe gezeigt. Das Buch wird dem Arzt, dem Lehrer und der Lehrerin, besonders in Fortbildungs- und Haushaltungsschulen, der Küchenleiterin in öffentlichen Anstalten und Krankenhäusern und nicht zuletzt der Hausfrau eine willkommene Hilfe sein, um so mehr, als bei aller Gründlichkeit der theoretischen Erörterungen die praktische Seite überall besondere Berücksichtigung gefunden hat. Ebenso dürfte es in allen Kreisen der Lebensreformler begrüßt werden, weil es ihren Anschauungen in wesentlichen Fragen Rechnung trägt, dabei aber an Stelle unbestimmter, gefühlsmäßiger Vermutungen und Meinungen positive wissenschaftliche Erkenntnisse setzt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	16. Aug.		15. Aug.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.12	168.46	168.14	168.48
Kopenhagen 100 Kr.	111.86	112.08	111.90	112.90
Italien . . . 100 L.	21.53	21.97	21.93	21.97
London . . . 1 Pf.	20.345	20.385	20.350	20.390
New York . . 1 D.	4.1925	4.2005	4.1935	4.2015
Paris . . . 100 Fr.	16.365	16.405	16.37	16.41
Schweiz . . . 100 Fr.	80.69	80.85	80.68	80.84
Wien 100 Schilling	59.19	59.22	59.15	59.27
Brag . . . 100 Kr.	12.427	12.47	12.426	12.446

Aufhebung der Rebiliquidation an der Berliner Börse ab 1. Oktober. Der Börsenvorstand, Abt. Wertpapierbörsen, hat, wie W.V. Handelsdienst aus Berlin erfährt, einstimmig beschlossen, die Rebiliquidation vom 1. Oktober d. J. ab aufzuheben.

Der Treuhandverband (Verband Deutscher Treuhand- und Revisionsgesellschaften e. V.), Berlin, hält seine diesmalige 12. ordentliche Hauptversammlung am 5. bis 7. Oktober 1928 in Köln ab. Unter den öffentlichen Veranstaltungen ist besonders ein Vortrag des Herrn Dr. Fritz Gaußmann, Vorsitzender des Steueraususses des Reichsverbandes der deutschen Industrie über das Thema „Handelsbilanz und Steuerbilanz“ hervorzuheben. Mit dieser Tagung feiert der Treuhandverband sein zehnjähriges Bestehen. Über den Verlauf der Tagung wird noch berichtet.

Gemeinde-Rundschau

Tagung der deutschen Landkreise

Vom 6. bis 8. September d. J. tritt der Deutsche Landkreistag zu seiner diesjährigen Tagung in Kottbus zusammen. Er beschäftigt sich in der Hauptsache mit Verkehrsfragen, besonders soweit die großen Verkehrsstrahlen in Betracht kommen. Wegen der Wichtigkeit des zur Erörterung stehenden Gegenstandes werden der Reichsverkehrsminister von Guérard sowie andere leitende Beamte des Reichsverkehrsministeriums an der Tagung teilnehmen. Als Referenten sind gewonnen: Professor Knipping von der Technischen Hochschule in Darmstadt und Ministerialrat Speck, Dresden. Über die Stellung der Landkreise zu den Straßenfragen wird Präsident v. Stempel sprechen. Weiterhin stehen zur Debatte die Frage der Reichsfreisordnung sowie die Schaffung einer Kommunalabteilung im Reichsministerium des Innern. An die Beratung schließen sich interessante Besichtigungen und Studienfahrten an.

Der Gemeindevoranschlag von Rheinbischhofsheim für das Jahr 1928 wurde vom Ausschuss einstimmig genehmigt. Es ist an Umlage vorgesehen vom Steuerkapital 80 Pf., vom Gewerbesteuertrag 6 M. und vom Betriebsvermögen 32 Pf. für je 100 Reichsmark Steuerwert.

Bezug englischer Kohle durch Freudenstadt. Der Gemeinderat Freudenstadt beschloß, für die Bedürfnisse der Gasanstalt vorläufig englische Kohle neben der Saarkohle zu beziehen. Die englische Kohle ist 37 bis 42 M. billiger als die Saarkohle. Interessant ist, daß durch den Ausbau der Murgtalbahn die Frachttaxe für Gaslohe aus dem Saargebiet um 8 M. bei 10 Tonnen, für Ruhrkohle nur 2,08 M. geringer geworden sind. Auf den Einwand, daß durch den Bezug englischer Kohle deutsche Bergarbeiter brotlos gemacht würden, wurde erwidert, daß andererseits die deutschen Syndikate genötigt seien, ihre Preise zu ermäßigen.

Kurze Nachrichten aus Baden

D3. Heidelberg, Einer der bekanntesten Architekten Heidelbergs, Oberbaurat a. D. Otto Hermann, ist im Alter von 77 Jahren gestorben. Bedeutende Großbauten sind von ihm geschaffen worden, so das neue Schlachthaus, verschiedene Schulen usw. — Prof. Karl Bauer, der lange Jahre am hiesigen Gymnasium gewirkt hat, wurde unter großer Beteiligung zu Grabe getragen.

D3. Schwetzingen, 15. Aug. Unter dem Motto „Der Sommerabend im Schwetzingen Schloßgarten“ veranstaltet der hiesige Verkehrsverein am 1. September Sonntag ein großes Sommerfest im Schloßgarten. Das Programm sieht eine umfassende Schloß- und Gartenbeleuchtung, ferner Lanzauführungen im Freien bei der Hirschgruppe, ein Gartenkonzert sowie einen Sommerabendball mit Preisstänzen und Wahl der Schloßgartenkönigin vor. Im Juli wurde das Schwetzingen Schloß von 46 166 Personen besucht. Bis Mitte August war in diesem Jahre bereits 1/2 Million Schloßbesucher erreicht.

D3. Schwetzingen, 15. Aug. Zum Gedenken an den am 22. Sept. 1826 in Schwetzingen gestorbenen und hier begrabenen Dichter Johann Peter Hebel findet alljährlich, von den Schwetzingen Hebeln Freunden veranstaltet, der Schwetzingen Hebeltrunk statt. Auch in diesem Jahre werden sich die Hebeln Freunde der näheren und weiteren Umgebung zu dieser Gedächtnisfeier zusammenfinden, für die Sonntag, 23. Sept., festgelegt worden ist.

Städtische (öffentliche) Sparkasse Konstanz.

Vermögensdarstellung auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.		Verbindlichkeiten.	
R.M.	R.M.	R.M.	R.M.
Rassenbestand	35 321,34	Spareinlagen	3 746 717,38
Guthaben bei Banken	343 393,22	Giroguthaben	263 008,21
Reichsbank	28 944,75	Kontokorrentguthaben	530 458,04
Postsparkasse	13 808,89	Girozentralen	333 641,06
Girozentrale (Betriebskapitalanteil)	144 000,—	Aufwertungsconto	558 239,82
Wechsel	198 345,17	Vorschüsse	1 969,47
Wertpapiere	3,—	Rücklage:	
Darlehen:		a) von früher	623 99,25
a) Hypotheken	167 081,40	b) Reingewinn	295 72,61
b) an Gemeinden usw.	188 000,—		91 971,86
c) Faustpfand- und Bürgschaftsdarlehen	45 640,—	Sonderrücklage	50 000,—
Kontokorrentkredite	2 615 264,76	Rücklage „Baufonto“	50 000,—
Vorschüsse	11 620,51		
Zinsrückstände	41 895,67		
Liegenschaften (Verwaltungsgebäude und sonst. Grundstücke)	1,—		
Fahrräder	1,—		
Aufwertungsconto	288 152,13		
	5 626 005,84		5 626 005,84

Berechnung der Rücklage.

Nach § 20 der Satzung soll die Rücklage 5 % der Einlagen betragen. Dieselbe berechnet sich aus 4 540 183,63 R.M. auf 227 009,15 R.M. Vorhanden sind als Reinerlöse 91 971,86 R.M. Somit fehlen zur satzungsgemäßen Rücklage 135 037,29 R.M.

Konstanz, den 26. April 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Dr. Moeride, Oberbürgermeister.

Städtische Sparkasse:
Blum.

Ratschreiberstelle

ist alsbald neu zu besetzen. Als Bewerber kommen solche Personen in Frage, welche den Grundbuch- und Verwaltungsdienst vollständig beherrschen und das 30. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben. Die Besetzung erfolgt nach Gruppe VII der bad. Gemeindebesoldungsordnung. Bewerbungen schreiben mit Lebenslauf und Zeugnissen sind bis spätestens 22. d. M. beim Gemeinderat einzureichen.

Rappenaun, den 14. August 1928.
Bürgermeisteramt:
Sofmann.

W.D. Mülhausen i. Elsaß, 15. Aug. Der Streik der Mülhauser Straßenbahnangehörigen konnte am Montagabend, nachdem die Direktion der Gesellschaft dem Personal Lohnerhöhungen rückwirkend auf 1. Juli und den Abschluß eines neuen Tarifvertrages zugesichert hatte, beendet werden. Die Arbeit wurde am Dienstag morgen wieder aufgenommen.

Verschiedenes

Vom neuen Luftschiff „Graf Zeppelin“

Nach dem erfolgreichen Abschluß der Probelaufe der Luftschiffmotoren in den Maybach-Werken hat nunmehr die Ablieferung der Motoren an die Werft Friedrichshafen begonnen. Vor dem Einbau in die Motorengehäuse des Luftschiffes werden die Motoren in einer im Freien aufgestellten Gondel noch verschiedenen Prüfungen unterzogen, wobei auch schon das neue Betriebsgas, dessen Lieferung jetzt sichergestellt ist, Verwendung findet. Ob man allerdings schon bei den ersten Fahrten den neuen Betriebsstoff verwenden wird, steht noch nicht fest. Die Ablieferung und der Einbau der 5 Motoren gehen nur schrittweise vor sich, so daß die Fällung des Luftschiffes erst in der letzten Augustwoche erfolgen wird. Es ist daher möglich, daß das Luftschiff noch bis zum übernächsten Sonntag (28. August) beschäftigt werden kann. Die ersten Fahrten finden dann in den letzten Augusttagen oder aber gleich in den ersten Septembertagen statt. Die Aufstellung eines Einzelprogrammes für die Probefahrten ist nicht beabsichtigt; alle bisher veröffentlichten Reisepläne des neuen Luftschiffes sind somit lediglich Mutmaßungen.

Unwetter in Bayern

W.D. München, 16. Aug. (Tel.) Seit gestern Abend wütet über Bayern ein von wolkenbruchartigem Regen begleiteter ungewöhnlich heftiger Sturm, der überall großen Schaden anrichtete. Zahlreiche Bäume wurden entwurzelt und mehrere Telefonverbindungen unterbrochen. In Plattling (Niederbayern) brach der Orkan fast sämtliche Bäume, die anlässlich eines Volksfestes aufgestellt waren, zum Einsturz. Zahlreiche Personen, die sich gerade auf dem Festplatz befanden, erlitten leichte Verletzungen. Die Höhe des Schadens ist noch nicht zu überschätzen.

Zum Europarundflug

W.D. Berlin, 16. Aug. (Tel.) Der Pilot Arthur Martens ist zu seinem Europa- und Propagandaflug für die „Lia“ vom Tempelhofer Flughafen heute vormittag um 9 1/2 Uhr gestartet. Die erste Station wird Martens in Hannover machen.

8 Stunden im Segelflugzeug

Der Segelflieger Kronfeld hat auf der Wasserkuppe einen neuen Rekord im Dauersegelflug aufgestellt, in dem er sich nahezu acht Stunden in der Luft hielt. — Der Segelflugwettbewerb in der Rhön ist Mittwochabend abgeschlossen worden. Es wurden während der ganzen Veranstaltung 950 Fahrten ausgeführt. Die Preisverteilung erfolgt heute. In vorderster Linie stehen als voraussichtliche Preisträger Kronfeld, Neuhung, Hirth und Bachem.

Schlagwetterunglück bei Bochum

Auf der Heide „Lothringen“ ereignete sich ein Schlagwetterunglück, das durch das Funktionieren der Gesteinsstaubschranken glücklicherweise auf seinen Herd beschränkt blieb. Mehrere Leute wurden schwer verletzt. Zwei von ihnen sind im Bochumer Bergmannskrankenhaus ihren Brandwunden erlegen.

Die Dfsee von Pillau bis Zoppot durchschwommen. Der am Dienstag um 8 Uhr morgens von Pillau nach Zoppot gestartete Dauerschwimmer Kemmerich ist Mittwochabend 10.15 Uhr am Zoppoter Nordbad nach 43 1/2 stündiger Schwimmzeit eingetroffen. Kemmerich wurde von der auf dem Seezieg zahlreich versammelten Menschenmenge herzlich begrüßt. Er machte einen ziemlich ermatteten Eindruck.

5 Personen durch Blitzschlag getötet

W.D. Paris, 16. Aug. (Tel.) Wie dem „Journal“ aus Grenoble berichtet wird, hat gestern der Blitz in einem elektrischen Transformator bzw. in die Hochspannungsleitung eingeschlagen. Da der Stromunterbrecher vermutlich nicht durch den Blitzschlag schmolz, sprangen in die dem elektrischen Werk angeschlossenen Häuser große Funken über. Sechs Häuser gerieten in Brand und wurden zerstört. Bei dem Versuch, die Häuser zu isolieren, sind im ganzen 5 Personen ums Leben gekommen. Außerdem sind mehrere Personen verletzt worden. Sämtliche elektrische Installationen wurden demoliert.

Die Vulkankatastrophe in Niederländisch-Indien

In Ergänzung der früheren Meldungen über den kürzlich erfolgten furchtbaren Vulkanausbruch auf der Insel Baloweh in Niederländisch-Ostindien wird aus Batavia gemeldet, daß die Zahl der Personen, die vor den feurigen Lavamassen im Meere Rettung suchten und dabei ertranken, auf 200 anzusehen ist, während die Zahl der Verbrannten, unter den Trümmern der Häuser Begrabenen und von den niederbegehenden Steinmassen Erstickten auf 1000 geschätzt wird. Außerdem sind ungefähr 400 Personen verletzt worden.

Bergwerksunfall in Pennsylvania

W.D. Coalport (Pennsylvanien), 16. Aug. (Tel.) In einer Grube von Ironona Coal Company ereignete sich gestern infolge einer Explosion ein Gesteinseinsturz. Von den in der Grube sich befindlichen Bergleuten kamen 13 ums Leben. Ihre Leichen wurden geborgen.

Staatsanzeiger

Maul- und Klauenseuche

Nach Meldungen der Bezirkstierärzte waren am 15. August 1928 verzeichnet:
Amisbezirke: Karlsruhe: Gemeinde: Weingarten; Pforzheim: Büchenbrunn, Königsbad, Singen.
Badisches Statistisches Landesamt

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der Planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt:

Oberlehrer Karl Fehrenbach in Überlingen zum Rektor dafelbst, Hauptlehrer Rius Jehr in Pforzheim zum Rektor an der Volksschule dafelbst, Laborant Heinrich Ballenweg beim Akademischen Krankenhaus in Heidelberg zum Oberlaborant dafelbst, Laborant Friedrich König an der Universitätsklinik für Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten in Heidelberg zum Oberlaborant.

Städtische Sparkasse Elzach.

Bilanz auf 31. Dezember 1926 und 1927.

Vermögen.		Schulden.	
1926	1927	1926	1927
1. Rassenbestand	35 729,60	1. Spareinlagen	293 793,68
2. Guthaben bei Girozentralen und Banken	10 054,21	2. Giroeinlagen	40 329,33
3. Darlehen auf Hypotheken	90 589,80	3. Anlehens- und andere Schulden	41 762,20
4. Darlehen auf Schuldscheine	67 365,—	4. Vorzeitige bez. Aufwertungs-Hypotheken	40 249,40
5. Darlehen in lfd. Rechnung	179 726,79	5. Reinerlöse	5 429,73
6. Darlehen an Gemeinden	30 252,84		
7. Vorzeitig bez. Aufwertungs-guthaben	—		
8. Rückstände	7 544,10		
9. Gebäude	1,—		
10. Gerätschaften	301,—		
	421 564,34		421 564,34

Elzach, den 14. August 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Rapp, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Stengler.

Bauarbeiten-Bergebung.

Die Glasarbeiten für den Ausbau des ehemaligen Langguth'schen Anwesens sind zu vergeben. Die Unterlagen liegen beim unterzeichneten Bauamt täglich während der üblichen Bürozeit auf. Die Angebote sind portofrei bis Samstag, den 25. d. M., vormittags 10 Uhr, einzureichen, zu welcher Zeit die Eröffnung der Angebote erfolgt.

Bertheim, den 15. August 1928.

Bezirksbauamt.

N.566. Tauerbischhofsheim. Das Konkursverfahren über das Vermögen der Fränkischen Handelsgesellschaft m. b. H. in Lauda wurde nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben. Tauerbischhofsheim, den 9. August 1928. Amtsgericht.

Stemlieferung zum Rheinbau

Bad. Rheinbauamt Freiburg vergibt in öffentlicher Verdingung die freie Lieferung von rund 6100 cbm Rheinbausteinen auf die Lagerplätze des Bezirkes in 13 Orten, wobei in größeren

Zeichnungen und Ausführungsbestimmungen hierzu in Empfang genommen werden. Zuschlagsfrist bis 1. Oktober 1928. N.575

Arbeitsvergebung

Das Wasser- und Straßenbauamt Donaueschingen vergibt die Bauarbeiten zur Verlegung des Kreisweges Nr. 17 in Burgberg nach den besonderen Vertragsbedingungen und den technischen Vorschriften für Bauleistungen. DJN 1961 und 1962—1985. Los I. 2500 cbm Erdbewegung; 3300 qm Gestüdt mit Steinlieferung; 110 lfd. m. Zementröhren. Los II. Herstellen einer Straßenbrücke in Eisenbeton mit 7,50 m Spannweite u. 6,40 m Breite, 85 cbm Stampfbeton. N.574. Los III. Herstellen einer Feldwegbrücke in Eisenbeton mit 5,40 m Spannweite, 4,30 m Breite und 31 cbm Stampfbeton. Pläne und Bedingungen liegen beim obigen Bau-

amt auf, wo auch Angebotsbordrucke abgegeben werden und zwar für Los I Angebotsbordruck zu 1 R.M., für Los II Angebotsbordruck mit Zeichnung zu 2 R.M. und für Los III bezüglichen zu 1,50 R.M.

Angebote sind bis spätestens Montag, den 27. August 1928, vorm. 11 Uhr, dem Eröffnungszeitpunkt mit entsprechender Aufschrift einzureichen. Zuschlagsfrist 14 Tage.

Pflasterarbeiten

Auf Grund der Reichsbedingungsordnung für Bauleistungen (ROB) haben wir nachfolgende Verfertigungen und Leistungen im öffentlichen Wettbewerb zu vergeben.

1. Pflasterung der Landstraße Nr. 20 bei Station Wufenbaa. N.527
a) Lieferung von 95 Tonnen Großpflastersteinen aus Sandstein.
b) Lieferung von 370 lfd. m. Randsteinen aus Sandstein.
c) Lieferung von 250 cbm Sand.

d) Herstellung von 2440 qm Klein- u. Großpflaster.
2. Pflasterung Landstraße Nr. 13 in Grödingen
a) Lieferung von 350 cbm Sand.
b) Herstellung von 2800 qm Großpflaster.

Zeichnungen u. Bedingungen liegen auf unserem Geschäftszimmer, Stephaniensstr. 51, auf, wo selbst auch Angebotsbordrucke abgegeben werden. Die Angebote sind verschlossen mit der Aufschrift „Pflasterung Wufenbaa, bezw. Pflasterung Grödingen“ bis 24. August 1928, vorm. 10 Uhr, hierher einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. N.574. Karlsruhe, 14. Aug. 28. Wasser- u. Straßenbauamt.